



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 16. Mai 2013 im Restaurant Rössli in Oensingen, Beginn 20.15 – 21.45 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 49, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)

Absolutes Mehr: 25

Gäste: 23

Entschuldigt:

Einzelpersonen: Peter Gomm (Regierungsrat), Doris Hirt, Franziska Fonseca, Remo Bill, Werner Sauser, Bea Widmer Strähl

Geschäftsleitung: Katrin Leuenberger, Irene Meier-Reber, Max Schmid, Dieter Ulrich

Kantonsratsfraktion: Markus Ammann, Christine Bigolin, Urs Huber, Fabian Müller, Peter Schafer, Roger Spichiger, Luzia Stocker, Urs von Lerber

Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol

StimmzählerInnen: Heinz Bolliger, Dulliken Tisch 1
Bruno Schindelholz, Welschenrohr Tisch 2
Ursula Steiner, Gerlafingen Tisch 3

Geschäftsliste

1. **Eröffnung des Parteitages**
2. **Wahlen Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Protokoll vom 4. März 2013 in Solothurn**
5. **Rechnung 2012**
6. **Bericht Rechnungsprüfungskommission**
7. **Wahlen Geschäftsleistung**
 - Vertretung: Olten-Gösgen, Dieter Ulrich anstelle von Urs Huber
 - Vertretung Juso, Matthias Enggist anstelle von Yves Fankhauser
8. **Wahl Rechnungsprüfungskommission**
 - Thomas Marbet, Olten anstelle von Hans Ruedi Ingold, Subingen
9. **Parole kantonale Vorlage**
 - „Verpflichtungskredit für das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten-Aarau“
 - Info: Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin
10. **Podium**
 - Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“
 - Pro: Nadja Pieren, Nationalrätin SVP
 - Kontra: Bea Heim, Nationalrätin SP
 - Moderation: Christian von Arx, Oltner Tagblatt
11. **Varia**

1. Eröffnung des Parteitages

Franziska Roth: Begrüsst Kantonsratspräsidentin Susanne Schaffner-Hess, Ständerat Roberto Zanetti, die Nationalrätinnen Bea Heim und Nadja Pieren (SVP, Referentin), Nationalrat Philipp Hadorn, die Delegierten und Gäste, sowie die Medien. Es seien zahlreiche Entschuldigungen eingegangen, namentlich zu erwähnen jene von Regierungsrat Peter Gomm (Teilnahme an der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren).

Zu Beginn ein Wort aus der Sektion von Martin Brunner, Gemeinderat aus Oensingen.

Martin Brunner: (Begrüßungswort aus der Sektion) Liebe Genossinnen und Genossen, herzlich Willkommen zum kantonalen Parteitag in Oensingen. Es ist ungewöhnlich dass ein Gemeinderat spricht, aber bei uns ist es halt etwas ungewöhnlich, da ich der einzige SP-Vertreter der SP im Gemeinderat bin. Oensingen ist mit 6'000 Einwohnern nicht im Bundesrat vertreten, das ist gut so, Oensingen ist auch nicht im Nationalrat oder im Regierungsrat vertreten, das geht auch noch, aber dass Oensingen nicht mehr im Kantonsrat vertreten ist, ist nicht gut und gleicht einer Katastrophe. Im Gemeinderat sitzen aber 7 echte Oensingerinnen und Oensinger, 3 FDP / 2 CVP / 1 SVP / 1 SP. Es wurden alle wiedergewählt, also haben wir es nicht schlecht gemacht, aber natürlich hätten wir uns eine SP-Verstärkung gewünscht, es hat knapp nicht gereicht.



Als SP-ler haben wir es im Thal und Gäu sehr schwer. Gesamthaft gibt es 4 Gemeinderäte, je 1 in Balsthal, Matzendorf, Kestenholz und in Oensingen. Trotz diesen Umständen geben wir als SP nicht auf und kämpfen weiter. Oensingen ist zwar eine fortschrittliche Gemeinde, hat ein überdurchschnittliches Wachstum und am schönsten ist, dass wir seit 2011 schwarze Zahlen schreiben. Im Gemeinderat wird sachorientiert politisiert und Projekte kommen rasch voran. In den Gemeinderankings ist Oensingen immer auf den vorderen Plätzen vorzufinden und schweizweit im vorderen Drittel mit dabei.

Immer wieder stehen grosse Projekte an, ganz aktuell den 10 Mio.-Bau mit der Multifunktionshalle und Aussensportanlagen. Geplant ist ein Jugendzentrum, ein neuer Werkhof und eine Erweiterung des Schulhauses steht an. Das macht Oensingen attraktiv und spannend und jeder Zuzug, insbesondere aus SP-Kreisen ist willkommen. Ich wünsche euch eine spannende Versammlung, vielen Dank.

Applaus

Franziska Roth, Parteipräsidentin: (Eröffnungsrede) Liebe Genossinnen und Genossen. Wenn du eine Emailadresse oder eine Handynummer hast, kennst du sicher diese tolle Nachrichten von Freunden, die dir mitteilen, dass sie dich mögen, an dich denken und dir nur das Beste wünschen und dass du, sofern du diese Nachricht auf andere mindestens 10 Freunde verschickst, versprechen, dass innert den nächsten 3 Stunden etwas wunderbares, vom Begegnen des Traummannes, sofern du Single bist bis hin zur Geldsumme mit mehreren Nullen alles Schöne passiert, das du dir schon lange wünschst? Oder noch schlimmer sind diejenigen, die es dir per SMS schicken und behaupten, dass du eine ganz traurige Zeit erleben wirst, wenn du es nicht innert 30 Minuten erledigst. Spannenderweise sind bei meinen Absendern Menschen aus allen Bildungsschichten und unterschiedlicher Parteicouleur dabei, die diesen Schwachsinn in der Welt verteilen. Der Mensch lebt heute länger als seine Gene es vorsehen. Er schaut zu sich, will 100 werden und gesund sterben. Er macht präventiv fast alles bis hin zur Amputation von gesunden Körperteilen. Angetrieben zu leben wird er von der Angst zu sterben. Wer sich immer und vor allem hauptsächlich um seine Gesundheit Sorgen macht, der liegt doch am sichersten bald flach. Mit der Angst lässt sich so viel Geld machen. Und leider lässt sich mit der Angst auch Politik machen. Weltweit werden die Sicherheitsgesetze verschärft. Die Erfassungsnetze werden grösser, die beobachtungsfreien Zonen kleiner: Jeder Einzelne muss es sich gefallen lassen, dass er „zur Sicherheit“ der Anderen überwacht wird. Es soll belauscht und ausgespäht werden, es sollen Menschen markiert werden bloss weil sie einer Nation entstammen. Politiker verlangen das, weil sie glauben, so besser mit den Risiken fertig zu werden. Es wird den Leuten so viel Angst eingejagt, dass ihnen bald jede Lösung recht ist. Angstmacherei von Angsthasen. Angst ist sprichwörtlich ein schlechter Berater. Die Grenze zwischen herausfordernder Animation und wirkungsloser Provokation ist hauchdünn. Dabei wäre es an uns Politikerinnen und Politiker Fakten auf den Tisch zu legen und damit eine Politik der Hoffnung statt der Angst zu betreiben. Doch um Angst zu überwinden braucht es Mut, Vertrauen und Veränderung! Wir können nicht Besitzstand wahren, können nicht bleiben wie wir sind, wenn wir wachsen wollen. „Wir wollen, dass die Schweiz bleibt wie sie ist!“ Dass ein Land so bleibt wie es ist, ist für mich eher eine Drohung. Zyniker könnten jetzt sagen: Logisch, wenn wir so bleiben wie wir sind, verlierst du als Politikerin dein Berechtigung. Du Nadja Pieren könntest anschliessend auf dem Podium sagen: Ok Franziska, dann musst du aber der Veränderten Wahl des Bundesrates zustimmen. Falsch, mit Drohung meine ich, dass wir die Lust am Erhalten des Guten an der Schweiz verlieren. Und etwas vom Besten an der Schweizerpolitik ist ihre Politik. Ein Land, das direktdemokratische Elemente wie Referendums- und Initiativ-

recht und das Kumulieren und Panaschieren bei Wahlen der Stimmbevölkerung zugesteht, darf nicht bleiben wie es ist. Denn wenn dem so wäre, würden wir unsere politischen Rechte nicht wahrnehmen und uns für unsere unterschiedlichen Meinungen und Veränderungswünsche einsetzen. Und logischerweise gibt es da Widerstand. Für unser System der Demokratie sind die Parteienvielfalt und eben dieser Widerstand unverzichtbar. Es gibt ein gutes Bild von Kant dazu. Er sagt, Die Taube in ihrem Fluge kommt leicht auf den Gedanken, ohne Luftwiderstand flöge sie noch viel leichter. Tatsächlich stürzte sie subito ab. Wäre also mausetot. Mir gefällt diese Sicht auf unser Handeln. Widerstand als Garant, nicht abzustürzen. Widerstand lohnt sich auch dann, wenn man mit Themen nicht unbedingt hoch hinaus fliegen kann. Erst recht nicht, wenn andere in der Thematik mit der Angst derjenigen Menschen denen es gut geht spielen, indem sie ihnen Angst machen vor denen die wirklich Angst haben. Am 9. Juni steht eines dieser Themen zur Abstimmung, mit dem kein Höhenflug gelingt, aber bei dem wir Mut und Vertrauen zeigen können und so eine bewährte typische schweizerische Eigenheit das Anbieten der humanitären Hilfe verteidigen. Mit den Themen, die die SP und somit Du und ich uns auf die Fahne schreiben, müssen wir den Menschen Hoffnung auf Neues, Besseres, Gutes machen. Wir müssen vorleben, dass wir daran glauben, etwas bewirken zu können. Verzeih mir, wenn ich an dieser Stelle naiv behaupte, die Welt sei noch zu retten, aber wie heisst es doch so schön: Die Hoffnung stirbt als Letztes. Liebe Genossinnen und Genossen, wer politisiert spielt in der Schweiz eine wichtige Rolle. Dieses Amt, die Aufgabe wollen wir Roten sozialdemokratisch erfüllen. Wer eine Rolle hat, ist stets für mehr verantwortlich als für sich selbst, spricht nie nur im eigenen Namen. Das scheinen einige Politikerinnen und Politiker zu vergessen, indem sie alles für sich haben wollen und damit die Beschäftigung mit ihrem Hab und Gut und somit mit sich selbst zum höchsten Wert erheben, aber eigentlich für die Gesellschaft in der man lebt politisch zweitrangig ist, denn Politik soll genau das Gegenteil sein: Die Beschäftigung mit den gemeinsamen Angelegenheiten, also mit dem, was über das Ich hinausgeht. Politik ist keine Frage der Vertraulichkeit, sondern des Vertrauens. Die Gesellschaft kann nie gerecht, frei, sozial sein, sondern nur gerechter, freier, sozialer werden. Was wir am 9. Juni also verteidigen sind die Menschenrechte, das tägliche Brot für jeden, die Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Transparenz, die Abschaffung der Folter usw., all das sind keine Utopien, sondern Selbstverständlichkeiten, Attribute des Menschen, Zeichen seiner Würde, Rechte, die den Einzelnen nicht vergewaltigen, sondern sein Zusammenleben mit den andern Einzelnen ermöglichen. Unsere Schweiz gründet auf der Überzeugung, dass niemand am Wegrand liegen gelassen wird und dass jede und jeder unabhängig von der eigenen Lebensgeschichte seinen Platz in der Gemeinschaft finden und behaupten kann. Liebe Genossin, lieber Genosse, Politik hat die Aufgabe unbekanntes bekannt zu machen und bewährtes zu erhalten. Wir Sozialdemokraten sind um Gottes Willen keine Funktionäre der Angst und verteidigen mit Gerechtigkeit und Solidarität die Freiheit aller rechtschaffenen Menschen in unserem Land. Bilden wir eine echte Schicksalsgemeinschaft und eine Lebensgemeinschaft. Ich freue mich auf den gemeinsamen Abend.

Der Parteitag ist eröffnet!

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Als Stimmenzähler/in sind vorgeschlagen:

Tisch 1: Heinz Bolliger, Dulliken
Tisch 2: Bruno Schindelholz, Welschenrohr
Tisch 3: Ursula Steiner, Gerlafingen

Beschluss: Die Stimmenzähler/in werden einstimmig gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Franziska Roth stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Keine Wortbegehren.

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 16. Mai 2013.

4. Genehmigung Protokoll vom 4. März 2013 in Solothurn

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. Keine Wortbegehren.

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 4. März 2013.

5. Rechnung 2012 / 1. Januar – 31. Dezember 2012

Franziska Roth erteilt Parteisekretär Niklaus Wepfer für die Präsentation der Jahresrechnung 2012 das Wort.

Niklaus Wepfer: Liebe Genossinnen und Genossen. In der Regel präsentiert Bea Widmer Strähl die Jahresrechnung. Infolge eines Todesfalles in der Familie, kann sie nicht anwesend sein. Aus diesem Grund präsentiere ich die Jahresrechnung und Bilanz. Des Weiteren bitte ich um Entschuldigung, dass die Jahresrechnung und Bilanz nicht als Tischvorlage vorhanden ist. Der Drucker ist heute Morgen ausgestiegen. Die Kantonalpartei hat finanziell ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Trotz Mitgliederzuwachs resultiert infolge vermehrter Todesfälle ein Rückgang. Infolge guter Bewirtschaftung, solider und sauberer Rechnungsführung durch Bea Widmer Strähl, dem Vertrauen der Geschäftsleitung und allen treuen Mitgliedern, konnte trotz Wahljahr ein positives Ergebnis erzielt werden. Aufgrund Wahlen sind die Verwaltungs- und Wahlkosten etwas höher ausgefallen als in einem Zwischenjahr. Ende 2012 hatten wir eine hohe Liquidität, nur deshalb war es möglich die Kosten für die Wahlen zu begleichen.

Jahresrechnung vom 1. Januar 2012 – 31. Dezember 2012

Ertrag	2011	2012
Debitorenverluste	-553	-3'363
Solidaritätsbeiträge	169'105	187'009
Mandatsabgaben	27'400	32'000
Spenden	38'417	18'812
Wahlbeiträge Amteien und Kandidierende	0	18'973
Fundraising SP Schweiz	0	13'167
Parteientschädigung KR-Fraktion	41'500	41'500
Sitzungsgelder KR-Fraktion	9'555	9'364
Beitrag Fraktion an Verwaltungsaufwand	2'000	2'000
Zinsertrag	65	222
Total (Umsatz)	432'171	462'822
Aufwand	2011	2012
Abstimmungen	15'795	3'084
Wahlen	129'165	55'417
Politische Arbeit inkl. Werbung und Inserate	19'680	26'301
Mitgliederbeiträge an SP-Schweiz	113'945	111'520
Personalaufwand	125'032	125'760
Mietaufwand, Energie	16'314	15'868
Büro- und Verwaltungsaufwand, Unterhalt, Versicherung	19'665	23'139
Beitrag an Fraktion	7'500	7'500
Abschreibungen	2'338	4'800
Total Aufwand	449'434	373'389
Rückstellungen/Reserven		60'000
Jahresergebnis	-17'263	29'433
Total (Umsatz)	432'171	462'822

Bilanz per 31. Dezember 2012

Aktiven	2011	2012
Umlaufvermögen		
Flüssige Mittel	23'834	100'255
Forderungen / Debitoren	9'657	49'298
Transitorische Aktiven	6'180	1'877
Anlagevermögen		
Mobile Sachanlagen	2'337	4'914
Total Aktiven	42'008	156'344
Passiven	2011	2012
Finanzverbindlichkeiten		
Kreditoren	9'470	10'229
Passive Abgrenzung		
Rückstellungen		60'000
Transitorische Passiven	5'684	29'828
Vereinskapital		

Kantonaler Parteitag, 16. Mai 2013

Eigenkapital	44'117	26'854
Jahresergebnis (Verlust/Gewinn)	-17'263	29'433
Vereinskapital nach Verlust/Gewinn	26'854	56'287
Total Passiven	42'008	156'344

Keine Wortbegehren.

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten stimmen der Jahresrechnung 2012 und Bilanz einstimmig zu.

6. Bericht der Rechnungsprüfungskommission

Franziska Roth erteilt Simon Bürki, Mitglied der RPK, das Wort zum Bericht.

Simon Bürki: Die Zahlen stimmen mit jenen des Berichts überein. Die Rechnungsführung sowie die Ablage der Belege entsprechen den Vorgaben und werden korrekt ausgeführt. Die RPK empfiehlt den Delegierten die so präsentierte Rechnung zu genehmigen und den Chargierten Decharge zu erteilen.

Bericht der Rechnungsprüfungskommission

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellen fest, dass die Buchhaltung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn des Jahres 2012 vollständig, übersichtlich und sauber geführt wurde. Die von der RPK geprüften Belege sind lückenlos vorhanden und stimmten mit den Buchungen überein.

Der Ertragsüberschuss beläuft sich auf CHF 29'433.05, das Vereinskapital per 31.12.2012 beträgt CHF 56'287.34.

Die von der RPK durchgeführte Rechnungsprüfung lässt darauf schliessen, dass die gesamte Buchführung korrekt ist und den Grundsätzen der Buchhaltung entspricht. Deshalb empfehlen wir dem Parteitag, die Jahresrechnung 2012 zu genehmigen und die Rechnungsführerin und den Rechnungsführer zu entlasten.

Die Rechnungsprüfungskommission
Fatma Tekol und Simon Bürki

11. März 2013

Franziska Roth: gibt das Wort frei zum Revisorenbericht.

Keine Wortbegehren.

Antrag RPK/Geschäftsleitung: Zustimmung und Entlastung der Organe.

Beschluss: Die Delegierten stimmen dem Bericht der Rechnungsprüfungskommission einstimmig zu.

7. Wahlen Geschäftsleitung

Hardy Jäggi, Vizepräsident:

Als Mitglieder der kantonalen Geschäftsleitung sind seit längerem, Urs Huber (Olten-Gösigen) und per Ende April Yves Fankhauser (Juso), aus der Geschäftsleitung ausgetreten. Urs Hubers Engagement wurde bereits im Jahr 2012 verdankt und Yves Fankhauser ist heute nicht anwesend. Dieter Ulrich hat sich entschuldigt, hat heute Gemeinderatssitzung und kann deswegen nicht anwesend sein. Matthias Enggist ist anwesend, er wurde am 3. März in den Gemeinderat von Lohn-Ammansegg gewählt (SP + 1 Mandat) und ist auch neu Vizepräsident der Juso Kanton Solothurn.

Applaus

Antrag SP-Amteipartei Olten-Gösigen: Dieter Ulrich
Antrag Juso Kanton Solothurn: Matthias Enggist

Beschluss: Die Delegierten wählen Matthias Enggist und Dieter Ulrich einstimmig als Mitglieder der Geschäftsleitung der SP-Kantonalpartei.

8. Wahlen Rechnungsprüfungskommission

Hardy Jäggi, Vizepräsident: Infolge der Demission von Hans Ruedi Ingold (nicht anwesend) als Mitglied der RPK, konnte die Partei in der Person von Thomas Marbet, neu gewählter Stadtrat aus Olten (+ 1 Mandat), einen Nachfolger finden. Für den geleisteten Dienst an der Partei, wurde Hans Ruedi den grossen Dank ausgesprochen, sowie auch Thomas für die Bereitschaft, als Mitarbeiter der Nationalbank, in der RPK Einsitz zu nehmen.

Applaus

Beschluss: Die Delegierten wählen Thomas Marbet einstimmig als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission der SP-Kantonalpartei.

9. Parole kantonale Vorlage

Hardy Jäggi erteilt Fränzi Burkhalter das Wort für die Informationen zur kantonalen Vorlage.

Fränzi Burkhalter-Rohner (Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin)

Direkt vor meinem Haus in Biberist wurde der erste Teil des Hochwasserschutzes und des Revitalisierungsprojekts Emme letztes Jahr fertig gestellt. Toll geworden! Nächste Projekt ist nun von 2014 - 18 der Hochwasserschutz der Aare vom Wehr Winznau bis zur Kantonsgrenze Solothurn-Aargau. Nach den grossen Aareabflüssen 1999 und 2001 wurde eine Gefahrenkarte erstellt und das

Schadenpotential ermittelt. Leider zeigte sich dies nicht nur in der Theorie, sondern auch bei den Hochwassern 05 und 07!

Das Ziel des Gesamtprojekts ist in 3 Dimensionen festgelegt:

Für die **Gesellschaft (Schutz und Nutzen)** soll ein wirksamer Hochwasserschutz erreicht werden und hoher Erholungswert.

Für die **Umwelt und Ökologie** ist es naturnaher Gewässerraum und ein intaktes Ökosystem

Wirtschaft Energiegewinnung, ausgewogenes Nutzen – Kosten Verhältnis.

Ich beginne bei der **Wirtschaft**: Im gleichen Perimeter sind zwei Wasserkraftwerke (Gösgen und Aarau), bei denen die Konzessionserneuerung anstehen. Durch veränderte rechtliche Rahmenbedingungen und das Alter sind bauliche Massnahmen vorgehsehen. Darüber stimmen wir nicht ab, aber im Gesamtprojekt werden die Massnahmen koordiniert und vor allem die ökologische Aufwertung kann so auf der ganzen Strecke gemacht werden.

Kommen wir zum **Schutz** vor einem erneuten Hochwasser (alle 100 Jahre). Hier wurden schon vorgezogenen Massnahmen gemacht z.B. Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd ist der Uferschutz realisiert. Im Abschnitt Dulliken – Obergösgen – Däniken ist die Nutzungsplanung bewilligt und dort sollte seit anfangs Jahr gebaut werden. Diese Massnahmen sind auch nicht im Verpflichtungskredit enthalten.



Aber alle übrigen Massnahmen wie die **Vergrosserung der Abflusskapazität** (Aufweitungen des Flussbettes, neue Seitengerinne, Flutmulden, Uferabtrag) und **Schutzbauten im Uferbereich** (Dämme, Mauern, Terrainanpassungen) nur im Siedlungsgebiet. Mit diesen Massnahmen soll das Risiko im betroffenen Gebiet um rund 80% vermindert werden.

Die **ökologische Aufwertung** wird unter anderem erreicht durch die Revitalisierung der Mündung des Stegbaches in die Aare. In bestehenden und neuen Wasser- und Auenflächen werden mittels Kleinstrukturen Unterstände für Lebewesen geschaffen. Oder der Flussverlauf verlangsamt. Dies ist in Biberist

sehr schön zu sehen, kommt doch und überzeugt euch selber. Es ist ein kurzer Spaziergang, der sollte auch an Pfingsten möglich sein!

Der Verpflichtungskredit beträgt 27.5 Mio. Fr. Hier kommen aber noch Beiträge vom Bund (ca. 10,4 Mio. Fr.) und den Gemeinden (ca. 2,75 Mio. Fr.) dazu. So kostet dies den Kanton Netto rund 14,3 Mio. Franken.

Mit dem Projekt kann gleichzeitig eine Aufwertung von Naturwerten und Gewässerlebensräumen erreicht und der Erholungswert der Flusslandschaft für die Bevölkerung gesteigert werden! Daher empfiehlt die Geschäftsleitung euch diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Hardy Jäggi bedankt sich für die kompetenten Informationen durch Fränzi Burkhalter und bittet die Delegierten bei Bedarf Fragen zu stellen.

Der **Antrag der Geschäftsleitung** lautet: JA zur kantonalen Vorlage „Verpflichtungskredit für das Hochwasser- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten-Aarau“

Keine Wortbegehren.

Beschluss: Die Delegierten unterstützen den Antrag der Geschäftsleitung und beschliessen einstimmig die JA-Parole für die kantonale Vorlage „Verpflichtungskredit für das Hochwasser- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten-Aarau“

Applaus.

Fränzi Burkhalter bekommt für ihre Präsentation ein Präsent.

10. Podium

Christian von Arx, Moderator (Oltner Tagblatt) begrüsst die Podiumsteilnehmerinnen Nadja Pieren, SVP-Nationalrätin aus Burgdorf und Bea Heim, SP-Nationalrätin aus Starrkirch-Will. Das Thema sei die SVP-Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrats“. Von Arx stellt die Nationalrätinnen vor.

Vorstellung

Bea Heim, sie sind Nationalrätin seit 2003 und waren bei allen Wahlen der jetzt amtierenden Bundesrätinnen und Bundesräte als Nationalrätin dabei. Bei ihrem Amtsantritt wurden die Bundesräte Blocher und Merz neu gewählt. Nadja Pieren National- und Stadträtin (Gemeindeparlament von Burgdorf), sie sind seit 2011 im Amt, sie waren eine kurze Zeit Grossrätin, sind Vizepräsidentin der SVP-Schweiz und haben damit Einblick und Einfluss auf den grössten Machtzirkel der Partei. Beruflich sind sie Gründerin und Mitinhaberin einer privaten Kindertagesstätte in Bremgarten bei Bern.

Die Initiative

Der Inhalt der Initiative will, dass der Bundesrat wie seit 1848 nicht mehr durch die vereinigte Bundesversammlung gewählt wird, sondern durch das Volk.

Kantonaler Parteitag, 16. Mai 2013

Diese Wahl würde alle vier Jahre stattfinden, gleichzeitig mit den Parlamentswahlen. Sollte es einen Rücktritt während einer Legislatur geben, würde dies eine Ersatzwahl durch das Volk als Folge haben. Neu wäre nicht nur die Wahlbehörde, sondern auch der Wahlkreis, die gesamte Schweiz mit rund 5 Mio. Stimmberechtigten. Bei der Wahl zählen nur die Volksstimmen, die Ständestimmen fallen nicht in Betracht und die leeren Stimmen werden für die Berechnung des absoluten Mehrs nicht mitgezählt. Es handelt sich um eine Majorzwahl mit 2 Wahlgängen. Damit steigt die Chance in einem 1. Wahlgang gewählt zu werden (wie in vielen Kantonen bei der Wahl der Regierung). Für die Vertretungen der französisch- und italienischsprechenden Stimmberechtigten sind mindestens zwei Mandate im Bundesrat reserviert. Falls das Volk diese nicht mit den notwendigen Anzahl stimmen in den Bundesrat wählen, käme die demnach die Quotenregelung zum Tragen. Dies in Kürze zum Inhalt der Initiative.

Pieren und Heim bekommen als erstes die Gelegenheit, ihre Standpunkte, pro und kontra zur Initiative darzulegen.



Pieren: Liebi Froue und Manne, sagt man bei uns, liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die Einladung zur eurer Versammlung. Ich sage ja zur Initiative, weil diese zur Vervollständigung der direkten Demokratie führt. Das System kennt von kommunaler und kantonaler Ebene. Exekutive und Legislative werden überall durch das Volk gewählt, National- und Ständerat ebenfalls, für die SVP ist die Volkswahl des Bundesrates demnach eine Fertigstellung der direkten Demokratie. Der politische Wille kann das Volk auch bei Sachvorlagen kundtun, ebenfalls auf allen Ebenen. Ich bin davon überzeugt, dass das Volk durchaus in der Lage ist auch einen guten Bundesrat zu wählen.

Heim: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Vervollständigung der Demokratie tont sehr gut, aber das Problem ist der Inhalt der Initiative. Ich lehne diese ab, die SP lehnt sie ab weil sie die politische Stabilität gefährdet. Eine funktionie-

rende Demokratie braucht ein starkes Parlament und einen starken Bundesrat. Die Initiative schwächt beide Institutionen. Mir ist klar auf was die SVP spekuliert, sie wollen zwei oder gar drei Sitze im Bundesrat und könnten mit riesiger Propaganda die Schweiz mit Plakaten zu kleben. Einen schweizerischen Wahlkampf mit den unterschiedlichsten Regionen, Sprachen, Kulturen, Stadt-Land und 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner benötigt ungeheure Geldsummen. Dann stellt sich die Frage woher das Geld kommt? Klar dies kommt von Sponsoren, Verbänden und die veramerikanisierung geht weiter. Damit würde der Bundesrat abhängig von ihren Geldgebern. Dann müsste mindestens ein Gesetz geschaffen werden, das für Transparenz Sorge. Ansonsten würde die Volkswahl nicht mehr Demokratie bedeuten, sondern weniger. In der Staatspolitischen Kommission erlebe ich von der bürgerlichen Seite eine strikte Ablehnung aller geforderten Transparenz von Parteienfinanzierung oder anderweitiger Geldgebern. Ich glaube der SVP geht es nicht um mehr Demokratie, sondern um mehr Macht. Eine schweizweite Volkswahl bedeutet für den Bundesrat einen dauerhaften Wahlkampf, der ständig daran denken muss wiedergewählt zu werden und dies mit Rücksicht auf die Sponsoren. Die Folgen wären anstatt Sachpolitik zu betreiben, eine Show, Blockaden und Konkurrenzkämpfen. Die Regierung wäre gelähmt, die Macht der Verwaltung würde steigen und die Schweiz damit instabil. Die Volkswahl schwächt aber auch das Parlament, wie soll ein Parlament die Oberaufsicht über den Bundesrat noch ausüben, wenn sich dieser nur noch dem Volk verpflichten müsste. Internationale Verpflichtungen wie die Menschenrechtskonvention möchte die SVP ja bekannterweise kündigen, dies als Vorgeschmack auf was wir mit dieser Initiative zu schlittern würden. Mit der Volkswahl von National- und Ständerat wird das Volk und Land bereits bestens repräsentiert. Dies wiederum sorgen als Wahlbehörde für den Bundesrat für Ausgeglichenheit in Bezug auf die Sprachregionen, Kulturen, Parteien und Geschlechter in der Landesregierung. Diese angemessene Vertretung steht auch in der Bundesverfassung. Mit der Annahme der Initiative würde dieser Artikel gestrichen und Kandidierende aus grossen Zentren und bevölkerungsreichen Kantonen werden massiv bevorteilt. Interessanterweise verlangt die SVP mit dieser Initiative eine Quote für zwei Sitze der lateinischen Schweiz. Zuerst dachte ich das tönt gut, nein, ist es eben nicht. Damit schafft man einen zweiten Wahlkreis, wo die Romands viermal mehr Stimmen haben als die Tessiner. Dies bedeutet, dass die italienische Schweiz in Zukunft nie mehr eine Chance hat, einen Sitz in der Regierung zu haben. Die Umsetzung der Quotenregelung würde zur massiven Benachteiligung von Minderheiten führen und die Ergebnisse von Volkswahlen können sehr problematische Resultate ergeben. Denkbar wäre die Wahl von Bundesräten, die von einer Partei völlig dominiert würden und bedeuten, dass die Schweiz in ein Oppositionssystem rutschen würde. Das wollen wir nicht und auch keine Lotteriewahl. Das heutige System funktioniert beinahe immer gut, das Parlament nimmt Rücksicht auf eine ausgeglichene Landesregierung und es gibt keine nennenswerten Gründe dies zu ändern.

von Arx: Bea Heim hat ganz viele Gründe genannt warum die Initiative abgelehnt werden muss. Frau Pieren, gehen wir zum Ursprung ihrer Initiative zurück. Sie wollen die Vervollständigung der Demokratie, was grundsätzlich sehr gut tönt. Die Initiative wurde ja bereits Ende der 90-er Jahre ausgearbeitet. Mit der Wahl von Blocher in den Bundesrat verschwand diese wieder in der Schubla-

de. Nach dessen Abwahl hat die SVP das Dossier wieder hervorgehoben. Geht es eigentlich um die Ansprüche der SVP oder um die Vervollständigung der Demokratie?

Pieren: Ich glaube kaum dass bei der Volkswahl 5 SVP-ler gewählt würden, auch wenn ich das begrüssen würde. Dies hat man ja gerade bei den Regierungsratswahlen im Kanton Solothurn beobachten können, wo es die SVP einmal mehr nicht geschafft hat in einer Volkswahl einen Sitz in der Regierung zu bekommen. Es handelt sich nicht um eine Initiative die der SVP zu einem Aufschwung verhelfen würde oder eine andere deshalb benachteilige. Die Volkswahl war früher auch schon in der SP und der CVP ein Thema, z.T. mit einer Koppelung an 9 Bundesräte statt 7 wie heute. Noch früher scheiterte das Begehren daran, dass man infolge fehlender Medien potenzielle Anwärter nicht genügend bekannt machen konnte. Die Abwahl von Blocher war auch kein Einzelfall, solche Spiele hat es immer wieder gegeben, inszeniert auch von meiner Partei. Mit dieser Initiative wollen wir eben gerade diese Spiele verhindern, egal wen es gerade treffen würde, aber diese Machtspiele würden damit abgeschafft. Das Volk betreibt hingegen keine Machtspiele, wähle transparent und ausgeglichen. Es liegt dann an den Parteien Personen zu nominieren die mehr oder weniger allen Kriterien entsprechen und nominieren in der Regel so viele Kandidierende wie ihnen gemäss Parteienstärke zustehen. Wie im Kanton Bern kennen den Bernjurassischen Sitz schon lange, das ist auch eine Art Quotenregelung und funktioniert sehr gut.

von Arx: was ist denn in Bezug auf die Sitzzahl bei einer Volkswahl die Erwartung der SVP?

Pieren: Glaubst man den Medien, dann hätte die SVP nicht mehr als 1 Sitz, aber es ist klar dass wir uns damit einen 2. Sitz erhoffen. Falls die Initiative abgelehnt wird, wird aber die SVP als stärkste Fraktion im Parlament auch weiterhin für 2 Sitze im Bundesrat kämpfen.

von Arx: Bea Heim, hier im Saal sitzen 70-80 gut informierte Personen die wahrscheinlich genau wissen wen sie in den Bundesrat wählen würden. Aber, nach heutiger Regelung dürfen in diesem Saal nur gerade sie Beiden, Philipp Hadorn und Roberto Zanetti die Landesregierung wählen. Sind sie eine Elite, gescheiter oder privilegierter als alle anderen hier im Saal?

Heim: ich hätte an sich kein Problem mit einer gut gelösten Volkswahl, aber heute haben wir nun mal dieses bewährte System mit der Volkswahl des Parlaments und der Wahl des Bundesrates durch den National- und Ständerat. Die SP wollte damals aber 9 Bundesräte, die Proporzwahl und volle Transparenz bei der Finanzierung der Parteien. Die Initiative kommt diesen Forderungen überhaupt nicht nach, im Gegenteil, die Macht wird auf wenige verteilt. Die hat mit Verpflichtung dem Volk gegenüber nichts zu tun. Und Nadja, die SVP hat zwei Bundesräte, Evelyn Widmer-Schlumpf wurde als SVP-Vertreterin gewählt und betreibt auch knallhart dessen Politik. Wenn ihr sie aus der Partei wirft, ist dies euer Problem. Und klar braucht es eine Ausgewogenheit, deshalb wurde ja auch Blocher gewählt. Nachdem seine Leistungen keine Berausung ausgelöst haben wurde er abgewählt und anstelle seiner wiederum

eine SVP-Vertreterin gewählt. Jetzt passt euch diese Bundesrätin nicht mehr und wollt die Volkswahl.

von Arx: die Volkswahl als System ist ja in der Schweiz durch die Regierungsratswahlen in allen Kantonen sehr gut bekannt, dies hat sich bewährt und die Ausgewogenheit ist intakt. Die Gegner müssen aber schon noch erklären, weshalb dies auf nationaler Ebene nicht funktionieren sollte.

Heim: Als erstes fehlen in der Initiative zur Sicherstellung einer Ausgewogenheit faire Spielregeln, Randregionen wie das Tessin und kleine Kantone, bevölkerungsarme Landesteile werden faktisch ignoriert. Zudem kann man Regierungsrats- nicht mit der Bedeutung der Landesregierung vergleichen, immerhin geht es da auch um Aussenpolitik. Ich habe mal recherchiert warum die Zürcher 2005 ihre Verfassung geändert haben, indem sie das Parlament in der Kontrolle wie auch in der Aufsicht massiv gestärkt haben und haben damit erkannt, dass ein Kanton mit 1,4 Mio. Wahlberechtigten ein starkes Parlament braucht, das für den Ausgleich sorgt. Dies zeigt schon, wie schwierig eine Volkswahl in einem grossen Wahlkreis sein kann. Nehmen wir an, Philipp Hadorn möchte Bundesrat werden, er müsste in der ganzen Schweiz aufregende Aktionen planen damit er die dafür notwendige Bekanntheit erlangt. Die Bundesversammlung wählt aber meistens bekannte Persönlichkeiten aus dem National- oder Ständerat. Man kennt sich, hat Kenntnis darüber ob sie leistungsfähig sind, teamfähig, halten sie die Konkordanz hoch u.v.m.

von Arx: Frau Pieren, bei der Volkswahl ist die Bekanntheit ein wichtiger Faktor für die Wahlchancen. Bea Heim hat jetzt ein Beispiel mit Philipp Hadorn gemacht. Ich möchte die Bundesräte Willi Ritschard und Otto Stich erwähnen. Sie waren beide im Volk sehr beliebte Bundesräte, bei ihrer Wahl jedoch weitgehend unbekannt. Werden denn in Zukunft solche Persönlichkeiten nicht mehr unser Land regieren?

Pieren: Es war schon immer so, dass es kleine Regionen gibt die noch nie einen Bundesrat stellen konnten, nehmen wir Uri, Nidwalden, Schwyz oder Schaffhausen, grosse jedoch meist ohne Unterbruch praktisch immer. Also gibt es auch mit dem Parlament als Wahlbehörde keine perfekte Ausgeglichenheit. Zum Bekanntheitsgrad von Kandidierenden, ich kann dies vielleicht mit dem grossen Kanton Bern vergleichen, da fährt man noch schnell man 2 Stunden vom einen Ende bis zum anderen. Es ist unmöglich alle Kandidierenden zu kennen oder ihnen mal zu begegnen. In erster Linie liegt es ja an einer Partei das Nominationsverfahren zu führen und Personen vorschlagen, die bereits bekannt sind. Ich glaube, dass dies national sehr wohl umsetzbar wäre, im Kanton Bern funktioniert es sehr gut, im Kanton Zürich ebenfalls – und haben nicht nur Regierungsräte aus den grossen Städten. Die meisten kommen aus kleinen Dörfern auf dem Land oder Agglomerationsgemeinden.

von Arx: Frau Pieren, Bea Heim hat es bereits angesprochen, das Geld. Einen Wahlkampf im Wahlkreis Schweiz würde doch viel Geld kosten und wäre aufwändig. Die Bundesratswahlen heute sind sicher auch anstrengend, aber kosten eigentlich nichts. Fänden sie dies einen Fortschritt, wenn das Geld bei künftigen Wahlen eine entscheidende Rolle spielen könnte?

Pieren: Nein, dies wäre sicher keinen Fortschritt und ich bin überzeugt dass es soweit gar nicht kommen würde. Bundesräte machen ja schon heute für ihre Parteien Wahlkampf, auch wir haben ständig Auftritte und bleiben so bekannt. Im Kanton Bern haben wir 2014 Gesamterneuerungswahlen und ich konnte bis heute noch nicht feststellen, dass einige von ihnen bereits im Wahlkampf stehen. Sie machen ihre Arbeit. Ich glaube nicht dass Volkswahlen mehr Geld verschlingen würden, die Kantonalparteien werben ja heute auch für ihre Parteien, es gäbe höchstens eine Verschiebung, auf den Plakaten würden dann anstatt der Parteilogs die Köpfe der Kandidierenden für den Bundesrat zu sehen sein.

von Arx: die SVP gesteht der lateinischen Schweiz garantiert zwei Sitze zu, Bea Heim, das ist doch ein starker Punkt in der Initiative?

Heim: da gehe ich mit ihnen einig, und ich glaube dass dies der einzige gute Punkt in der Initiative ist. Schauen wir aber trotzdem etwas genauer auf die Auswirkungen hin. Wir haben zwei Wahlkreise, ca. 70% deutschsprachige Wähler/innen und 30% lateinische. Innerhalb der lateinischen Schweiz, die rätoromanische Schweiz hat die SVP ja ganz vergessen, haben die Romands eine 4 x höhere Stimmkraft und ihr glaubt doch nicht, dass diese einer oder einen Tessiner Kandidatin /Kandidat unterstützen. Gerade in der heutigen Zeit ist es ein Manko, dass in der Landesregierung niemand aus dem Tessin Einsitz hat.

von Arx: Nadja Pieren, nehmen wir an, 7 Kandidierende aus der Deutschschweiz sind an der Spitze, weitere 3 oder 4 folgen, sind aber nicht gewählt weil nicht mehr Sitze zu vergeben sind als 7, dann kommen die ersten Namen der lateinischen Schweiz. Dann müsste es heissen, Nr. 6 und 7 sind infolge der Quotenregelung nicht gewählt, Nr 13 und 14 sind gewählt, aber nur dank der Quote, kann ihnen dies gefallen?

Pieren: ich traue es den Parteien zu, dass sie vernünftige Personen nominieren würden und die Regionen ausgewogen berücksichtigen. So eben auch, dass ich es ihnen zutraue bekannte Personen aus der lateinischen Schweiz zu nominieren. Ich glaube auch dass die Sympathie zur italienischen Schweiz grösser ist als hier heute so klein geredet. Aber es ist natürlich so, dass die Bekanntheit eine bedeutende Rolle spielen wird, wie in der Deutschschweiz als auch in allen anderen Regionen.

Christian von Arx: gibt das Wort zur Diskussion frei

Ueli Sandmeier: geht es bei dieser Initiative nicht auch darum eine Abwahl verhindern zu können?

Pieren: am Schluss entscheidet das Volk und nicht die SVP und ich traue ihm dies zu über diese Frage zu urteilen.

Heinz Bolliger: Wenn man wie bei dieser Frage etwas ändern möchte, will man in der Regel auch etwas verbessern, was soll sich denn mit der Volkswahl verbessern?

Pieren: der Bundesrat wird dem Volk direkt verpflichtet sein und muss dessen Willen umsetzen.

Kantonaler Parteitag, 16. Mai 2013

Ursula Steiner: das Volk wählt heute National- und Ständeräte, sie sind unsere Volksvertreter, warum soll man das ins sie gesteckte Vertrauen nicht mehr haben? Ich sehe nicht warum man dies ändern soll.

Christian von Arx: wertet dieses Votum als guter Schlusspunkt darf in Absprache mit dem Präsidium die Delegierten nach ihrer Meinung/Parole befragen (Konsultativabstimmung):

Abstimmung:

Die Initiative wird von den Delegierten der SP Kanton Solothurn einstimmig abgelehnt.

Christian von Arx bedankt sich bei Nadja Pieren und Bea Heim für die interessante Diskussion und übergibt an Parteipräsidentin Franziska Roth.

Applaus

Nadja Pieren, Bea Heim und Christian von Arx erhalten ein Präsent.

11. Varia

Keine Wortmeldungen.

Franziska Roth bedankt sich für die Teilnahme am Parteitag, den Nationalrätinnen Nadja Pieren, Bea Heim und Moderator Christian von Arx für die Possumleitung, sowie für die grossartige Unterstützung und das Vertrauen gegenüber der Geschäftsleitung und wünscht allen eine gute Heimreise.

Der Parteitag ist geschlossen, 21.45 Uhr (Applaus)